



LAND BRANDENBURG

MSGIV | Postfach 60 11 63 | 14411 Potsdam

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz**

Landesbeauftragte für die Gleich-
stellung von Frauen und Männern

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Bearb.: Frau Dörnenburg

Gesch.-Z.:

Telefon: +49 331 866-5012

Fax: +49 331 866-

Internet: www.msgiv.brandenburg.de

landesgleichstellungsbeauftragte@msgiv.brandenburg.de

Bus und Tram: Haltestelle Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 05. November 2023

Bericht:

Geschlechtergerechtigkeit in Transformationsprozessen – Forderungen für den Strukturwandel in der Lausitz in Brüssel vorgestellt

Vom 24.- 27. Oktober 2023 reiste das **Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz** gemeinsam mit **Dr. Julia Gabler** und Marie Melzer vom **TRAWOS-Institut** für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung in Zittau/Görlitz auf Einladung des sächsischen **Ministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG)** und des brandenburgischen **Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration, Verbraucherschutz (MSGIV)** nach Brüssel. Das Anliegen war, Erkenntnisse aus der bisherigen Entwicklung des Strukturwandels der Lausitz sowie Fragen und Forderungen an den Prozess für eine geschlechtergerechte Transformation Vertreter*innen unterschiedlicher Europäischer Institutionen vorzustellen und das Thema Geschlechtergerechtigkeit in europäischen Transformationsprozessen zu diskutieren.

Als starkes Zeichen der Unterstützung des Anliegens begleiteten die beiden **Ministerinnen Katja Meier** und **Ursula Nonnemacher**, die beiden **Staatssekretärinnen Dr. Gesine Märtens** und **Dr. Antje Töpfer** sowie die brandenburgische **Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (LGBA) Manuela Dörnenburg** das Bündnis. Die **Europaabgeordnete Ska Keller** unterstützte ebenfalls die Reise.

Hintergrund

Seit 2021 arbeiten das SMJusDEG und das MSGIV/ die LGBA eng mit dem Bündnis der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz zusammen. Das Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz ist ein Zusammenschluss von Sächsinnen und Brandenburgerinnen, die die in zwei Bundesländern geteilte Lausitz als eine Region betrachten. Sie haben in den vergangenen



drei Jahren dazu beigetragen, dass die Fragen nach Geschlechtergerechtigkeit in die Diskussionen um den Strukturwandel der Lausitz Einzug erhalten haben. Unter anderem hat das Bündnis die überregional aufgestellte Strukturwandelkonferenz »Struktur wandel dich – Struktur, wir wandeln dich. Mehr Geschlechtergerechtigkeit im Strukturwandel« organisiert, bei der Bundes-, Länder-, kommunale, aber auch zivilgesellschaftliche Ebenen miteinander ins Gespräch kamen. Der Landtag Brandenburg hat den Impuls des Bündnisses aufgenommen und im März 2022 beschlossen, weibliche Perspektiven im Strukturwandel zu stärken ([Drucksache 7/5259](#)).

Das Positionspapier des Bündnisses war die Grundlage der Diskussionen in Brüssel. Die zentralen Forderungen darin lauten:

1. Schaffung einer geschlechtersensiblen Datenbasis
2. Beratung und Qualifizierung von Führungskräften und Personen mit Entscheidungsbefugnis
3. Herstellung von Transparenz sowie einer umfassenden und fortwährenden Beteiligung
4. Geschlechtergerechtigkeit in der Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes
5. Innovative und existenzsichernde Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen
6. Gleichwertigkeit von harten und weichen Standortfaktoren
7. Schaffung einer Fachstelle für Geschlechtergerechtigkeit in der Lausitz

Guter Zeitpunkt für die Reise

Der Zeitpunkt der Reise war gut gewählt. In Brüssel beginnen derzeit die Verhandlungen über die Kriterien für die nächste europäische Förderperiode ab 2028 bis 2034. **Zentrale Botschaften** waren daher:

1. Schaffung geschlechtersensibler Strukturen in Strukturwandelprozessen sind ein demokratisches Gebot. Dazu zählen paritätische Beteiligungsformate und geschlechtergerechter Einsatz von öffentlichen Mitteln.
2. Stärkung von bottom up Prozessen, wie dem Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, um Menschen vor Ort ernst zu nehmen und ihre Expertise in politischem Handeln einfließen zu lassen.
3. Starkes politisches Bekenntnis der Europäischen Union zur Gleichstellung der Geschlechter speziell bei der Förderung in Transitionsregionen, da sie ein entscheidender Faktor für die sozioökonomische Entwicklung ist. Dies gilt insbesondere für die EU-Kohäsions- und Strukturpolitik (v. a. ESF Plus, EFRE, Just Transition Fonds JTF).
4. Stringente Implementierung von Genderaspekten insbesondere bei der Programmausgestaltung, die konsequente Anwendung des Gender-Mainstreaming-

Ansatzes bei deren Begleitung sowie eine stärkere Kontrolle der operativen europäischen Programme hinsichtlich der Umsetzung dieser Vorgaben (Evaluation).

Zwei Round Table, eine öffentliche Veranstaltung und ein Abendessen

Die genannten Botschaften konnten an zwei Round Table in der Brandenburgischen Landesvertretung bei der Europäischen Union, einer öffentlichen Veranstaltung in der Landesvertretung des Freistaats Sachsen bei der Europäischen Union und einem Abendessen mit Vertreter*innen des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Europäischen Ausschusses der Regionen und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas diskutiert werden.

Das Anliegen wurde mehr als interessiert aufgenommen. Alle Gesprächspartner*innen betonten die Bedeutung, die das Vermitteln der lokalen Erfahrungen für ihr Handeln in Brüssel hat. Diskutiert wurde zudem, inwieweit die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene ein hilfreiches Instrument für die Kommunen ist, Gleichstellung in konkrete Maßnahmen zu gießen.

An den drei Veranstaltungen nahmen als Gesprächspartner*innen teil:

- **Alexandra Geese**, MdEP,
- **Eva Gerhards**, Stellvertretende Kabinettschefin der Kommissarin Helena Dalli,
- **Monika Hencsey**, Direktorin in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission,
- **Katja Lenzing**, stellvertretende Referatsleiterin in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission,
- **Rachel Lancry Beaumont**, Referatsleiterin der Fachkommission COTER des Europäischen Ausschusses der Regionen,
- **Dr. Claudia Schöning-Kalender**, Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas,
- **Karen Kühne**, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
- **Dr. Arn Sauer**, Direktor Bundesstiftung Gleichstellung
- **Egbert Holthuis**, Referatsleiter GD Beschäftigung, Soziales und Integration
- **Matthias Ecke**, MdEP
- **Nicklas Nienaß**, MdEP
- **Karolin Braunsberg-Reinhold** (MdEP),
- **Dr. Cornelia Ernst** (MdEP),

Kernaussagen:

- Die Lausitz ist von der Erfahrung geprägt, dass in den 90er Jahren des 20. Jh Industrie und damit Arbeitsplätze, die vornehmlich weiblich geprägt waren, wie die Textilindustrie, zugunsten von männlich geprägter Industrie „geopfert“ wurden. Viele Frauen haben die Region verlassen und fehlen heute mit einschneidenden soziodemografischen und demokratiegefährdenden Folgen. (Ursula Nonnemacher)
- Der Fokus der EU-Ebene liegt beim grünen Übergang auf Industriejobs für Männer, während Frauen kaum Berücksichtigung finden. Vorhaben, die in Richtung Gleichstellungsgerechtigkeit gehen, werden vor allem im EU-Rat blockiert. Die Bundesregierung muss hier stärker Einfluss nehmen. Es muss im Rahmen der Haushaltsverordnung deutlicher werden, wem welche Gelder zu Gute kommen. (Alexandra Geese, MdEP)
- Steigende Energiepreise treffen Frauen wegen der geringeren Entlohnung (gender pay gap) deutlich härter als Männer. Neue Jobs werden in den Transformationsregionen vor allem für Männer geschaffen. (Eva Gerhards, stellvertretende Kabinettschefin der Kommissarin Helena Dalli)
- Der Zugang zur Fördermittelstruktur passt nicht zum Lebensalltag der Frauen. (Fränzi Straßberger, Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Lausitz)
- Das alte Narrativ der Wirtschaftsförderung zur Arbeitsplatzschaffung ist tief verankert. Aber die Angst vor einer neuen Massenarbeitslosigkeit wie in den 1990er Jahren ist unbegründet, denn es fehlen bereits heute die Fachkräfte. (Katja Meier)
- Gefordert ist ein Perspektivwechsel. Es ist sinnvoller zu fragen, warum die nicht abgewanderten Frauen bleiben. Für diese gilt es neue Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen, statt den Abgewanderten hinterher zu trauern. (Julia Gabler, TRAWOS-Institut)
- Die Datenlage muss sich über Monitoring verbessern. Die Ministerien von Sachsen und Brandenburg stehen mit dem Bundesamt für Bau-, Raum- und Stadtforschung im Austausch zu einer Studie mit dem Fokus auf Geschlechterverhältnisse in Kohleregionen/ Lausitz, bei der Forderungen aus dem Positionspapier des Bündnisses mit herangezogen werden. (Manuela Dörnenburg, LGBA)
- Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind Einzelkämpferinnen und können einzig in ihrer kommunalen Verwaltungseinheit auf Gleichstellungsaspekte hinwirken, nicht aber wie EU-Fondsmittel eingesetzt werden. (Lisa Temesvar-Alamer, Aline Erdmann, Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten)
- Die Kurzfristigkeit in der in dieser Förderperiode Gelder des JTF ausgegeben werden müssen, ist schädlich. Dabei gehen Ziele verloren. Das muss sich mit der nächsten Förderperiode ändern. Die soziale Infrastruktur muss dabei stärker in den Fokus kommen (Egbert Holthuis, Referatsleiter GD Beschäftigung, Soziales und Integration, Niklas Nienauß, MdEP)

- Seitens der EU müssen stärkere Anreizstrukturen für die Umsetzung von Gleichstellung geschaffen werden. (Arn Sauer, Direktor Bundesstiftung Gleichstellung)
- An Beispielen muss gelernt werden. Vergessen wurde, dass bereits in den 70er Jahren die Niederlande bei ihrem Ausstieg aus der Kohle die Erfahrung gemacht hat, wie schädlich es ist, die Belange von Frauen und Familien bei diesem Prozess nicht zu berücksichtigen. (Monika Hencsey, Direktorin in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission)

Ausblick

Wenn die Strukturwandelregionen langfristig wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreich sein sollen, braucht es eine korrigierende Gleichstellungsfinanzierung aus den Europäischen Strukturfonds. Für die Förderinstrumente ab 2028 braucht es harte Vorgaben für die Mittelvergaben.

Besprochen wurde die Schaffung einer Fachstelle in der Lausitz, die den Namen »Fonds für den gerechten Übergang« ernst nimmt und bei der Mittelvergabe prüft, ob Geschlechtergerechtigkeit ausreichend berücksichtigt wurde. Die Idee ist, die Lausitz zu einer Modellregion für andere Transitionsregionen im Rahmen eines Pilotprojekts zu machen. Bis Februar 2024 wird das Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gemeinsam mit dem TRAWOS-Institut und unterstützt von der LGBA Brandenburg das Projektvorhaben skizzieren. Niklas Nienauß und Egbert Holthuis sagten Unterstützung zu.

gez.

Manuela Dörnenburg

Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern Brandenburg

Siehe auch:

- „Europa-News für Sachsen“ des Sachsen-Verbindungsbüros Brüssel vom 30. Oktober 2023, **Augenrollen beim Thema Geschlechtergerechtigkeit**
- www.saechsische.de/strukturwandel-frauen-5925619.html
- <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/de-tail/~27-10-2023-strukturwandel-lausitz>